Seriöser Weg für das Wasser

Weyarns Bürgermeister Michael Pelzer hält es für populistisch, die Stadtwerke München dazu aufzufordern, die Genehmigung zur Trinkwasserentnahme im Landkreis neu zu beantragen. Das hatte er im Kreistag deutlich gemacht. Nun wurde er dafür daheim kritisiert.

VON MARLENE KADACH

Blickfang: Ein Kunstwerk des Bildhauers Karl Jakob Schwalbach schmückt den Bereich um den Spiralschacht in Thalham. Das Trinkwasser aus der Region deckt einen Großteil des Bedarfs der Münchner ab; doch die Altrechte sind umstritten. Der Landkreis will, dass die Genehmigung neu beantragt wird. FOTO: THOMAS PLETTENBERG

Weyarn – Georg Grabichler versteht die Welt nicht mehr: „Die Stadt München schmiert uns aus", findet er. Sie bezieht den Großteil ihres Trinkwassers aus dem Mangfalltal, ohne dass die hiesigen Kommunen groß Einfluss darauf haben. Umso enttäuschter ist der Weyarner CSU-Gemeinderat darüber, dass sein Bürgermeister Michael Pelzer (FWG) sich kürzlich nicht auf die Hinterbeine gestellt hat, als das Thema wieder Wellen schlug. Zumindest nicht so, wie er es sich gewünscht hätte. Und so ist es nun auch etwas nass ins Weyarner Rathaus reingegangen.

Im Gemeinderat hat Grabichler das Thema jetzt aufgerollt. Er fand, es sei der Eindruck entstanden, die Weyarner wären dagegen, dass die Stadtwerke München (SWM) die Genehmigung zur Trinkwasserentnahme neu beantragen.

Der Hintergrund: Wie berichtet, hatten die betroffenen Gemeinden Warngau und Valley sowie die Stadt Miesbach mit dem Verein „Unser Wasser" und dem „Verein der Wasserschutzzonengeschädigten Thalham-Darching" einen Resolutionstext entworfen. Mit dem Fingerzeig nach München, die Genehmigung zur Wassergewinnung neu und nach den aktuell geltenden Bestimmungen zu beantragen – statt sich auf umstrittene Altrechte zu berufen. Nun zeigte sich Gemeinderat Grabichler zunächst überrascht darüber, dass die Gemeinde Weyarn – deren Gebiet ebenfalls betroffen ist – nicht vertreten war, als der Resolutionstext skizziert wurde. „Ich war nicht eingeladen", sagte Pelzer. Auf Nachfrage unserer Zeitung wird er konkreter: Zwar habe ihn Valleys Rathauschef Andreas Hallmannsecker (FWG) angerufen und über ein anstehendes Treffen informiert. Von einer Resolution habe er dabei allerdings nichts gesagt.

Wie dem auch sei: Ende Juli hatte sich der Kreistag dann hinter die Resolution gestellt. Pelzer redete damals heftig gegen die ursprüngliche Version, die das Wort „Aufforderung" beinhaltete. Denn seiner Meinung nach ist es falsch, die Münchner aufzufordern, freiwillig auf diese Rechte zu verzichten. Das wäre ja quasi eine „Aufforderung zum Gesetzesbruch", nämlich zur Untreue, behauptete er. Daraufhin wandelte Landrat Jakob Kreidl (CSU) das Wort in die mildere Form „Appell" um.

Insgesamt hält Pelzer nicht viel von einer Schelte der Münchner: „Ich halte es für populistisch", erklärte er jetzt im Gemeinderat. Die Sachlichkeit gehe dabei verloren, „wenn alle aufeinander eindreschen". Zwar sollte man die umstrittenen Altrechte anzweifeln – aber nicht auf diese Weise. Thomas Spiesl (SPD) gab dem Rathauschef recht: „Hindackeln und bellen nutzt nichts", meinte er. Sein Parteikollege Franz Demmelmeier befürchtet durch die Resolution sogar eine „Negativwirkung". Beide plädierten dafür, den Gesprächsfaden aufrecht zu erhalten.

Auch Pelzer hält eingehende Gespräche für den „seriöseren Weg". Schließlich: „Bei Kriegen verlieren immer alle." Sein Vorschlag: Die betroffenen Kommunen sollten sich im Landratsamt zusammensetzen, um Forderungen zu formulieren. Wie etwa einen finanziellen Ausgleich für Anwohner. Das Problem seien die rigiden Hürden, die etwa das Wasserwirtschaftsamt für den Wasserschutz aufstelle – was wiederum für die Anwohner negative Auswirkungen haben kann.

Die Resolution liegt derweil noch im Landratsamt. Laut Pressesprecher Gerhard Brandl wird sie demnächst nach München verschickt. Wahrscheinlich noch bevor Landrat Jakob Kreidl (CSU) Ende August aus dem Urlaub zurückkommt. Daher sei geplant, dass dessen Stellvertreter Arnfried Färber (FWG) das Schreiben unterzeichnet.

Obwohl die SWM das Schreiben noch nicht bekommen haben, fällt die Antwort schon relativ deutlich aus: „Das Thema Altrechte wurde ausführlich behandelt, so zum Beispiel vom Landratsamt und der Regierung von Oberbayern", schreibt Bettina Hess, Pressesprecherin der SWM, auf Anfrage. „Die Rechtslage ist aus Sicht der SWM eindeutig. Die SWM werden die Altrechte deshalb nicht neu beantragen." Zudem: „Selbst wenn es keine Altrechte mehr gäbe und dafür neues Wasserrecht, bleiben Wasserschutzgebiete nach wie vor erhalten beziehungsweise müssten neu ausgewiesen werden."

Neue Wasserschutzzone

Parallel zur Diskussion um die Altrechte zur Trinkwasserentnahme durch die Stadtwerke München geht das aktuelle Verfahren zur Ausweisung der Wasserschutzzone Thalham-Reisach-Gotzing in die nächste Runde. Seit Anfang August liegen den betroffenen Kommunen die Unterlagen vor. Bis 31. Oktober können sie als Träger öffentlicher Belange Stellung beziehen.